Pflege als kommunale Aufgabe

Einordnung

In unserer zunehmend alternden Gesellschaft wünscht sich ein Großteil der älter werdenden Bevölkerung einen würdevollen und sozial gesicherten Verbleib sowie die Integration und Teilhabe in der gewohnten Umgebung (Sozialraum / Quartier).

Dies erfordert eine auf Lebenslagen angepasste kommunale Daseinsvorsorge.

Eine gesetzlich verankerte und finanziell abgesicherte Steuerungs- und Gestaltungsverantwortung der Kommunen (die es bislang nicht gibt) im Sinne einer quartiers- bzw. sozialraumbezogenen Angebotsentwicklung bzw. Daseinsvorsorge unter Beteiligung der Betroffenen wäre dringend notwendig, Stichwort „Pflege als kommunale Pflichtaufgabe“. Stattdessen greifen durch die Privatisierung bei Einführung der Pflegeversicherung Marktmechanismen: die Renditeerwartung steht über der Bedarfsdeckung (z.B. Schließung von Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern in verschiedenen hessischen Regionen).

Die Lage spitzt sich auch angesichts der demographischen Veränderungen, verschleppten politischen Weichenstellungen und des Sozialabbaus zu:

- Pflegebedürftigkeit wird zunehmend zum Armutsrisiko, fehlende tragfähige Reform der Pflegeversicherung führt u.a. zu hohen Eigenanteilen aber auch Belastung der kommunalen Haushalte (Hilfe zur Pflege)
- Pflegenotstand, zunehmender Bedarf und altersbedingtes Ausscheiden von Pflegekräften
- Unzureichende Unterstützung pflegender Angehöriger
- Strukturprobleme, wie Angebotsdschungel und mangelhafte Überleitung zwischen den Sektoren

Der folgende gegliederte (ergänzbare) Fragenkatalog dient als Grundlage zur Einschätzung in der jeweiligen kreisfreien Stadt bzw. Landkreis und entsprechender Anfragen auf der parlamentarischen Ebene.

Demographische Entwicklung, Entwicklung der Pflegebedürftigkeit in den Sozialräumen

1. Gibt es eine regelmäßige kommunale Berichterstattung zur Entwicklung der Altersstruktur mit nachvollziehbaren Prognosen unter Berücksichtigung von Zuwanderung und Wanderungsbewegungen?
2. Wie sieht die demographische Entwicklung in den Sozialräumen (Stadtteile bzw. Städte und Landkreisen und deren Gemeinden) aus?
3. Wie entwickelt sich die Anzahl der Pflegebedürftigen, Pflegegrad 1-5, in den Sozialräumen, gegliedert nach Versorgungsart?
4. Wie entwickelt sich die Anzahl und der Umfang von Leistungen von „Hilfen zur Pflege“, gegliedert nach Leistungsarten, Sozialräumen?
5. Wie wird seitens der kreisfreien Stadt / des Landkreises die Entwicklung eingeschätzt, was folgt daraus?

Sozialplanung Altenhilfe und Pflege, Partizipation

1. Gibt es in der jeweiligen kreisfreien Stadt bzw. Landkreis eine Sozialplanung Altenhilfe und Pflege, die auch die Entwicklung der Sozialräume berücksichtigt? Gibt es eine regelmäßige Fortschreibung / Evaluation?
2. Inwieweit wird der §71 SGBXII umgesetzt, welche Maßnahmen setzt die Kommune / der Landkreis um?
3. Inwieweit werden lokale Akteure (z.B. Seniorenvertretungen, Angehörige, Selbsthilfegruppen, Stadtteilinitiativen, Leistungserbringer) bei der Erstellung der Planungen einbezogen?
4. Gibt es regelmäßig tagende Foren, die die (Weiter-)Entwicklung der Sozialplanung und die lokale Vernetzung befördern, z.B. Pflegekonferenzen, Pflegetische, Fachtagungen?
5. Wie steht der kreisfreien Stadt / der Landkreis zu der Forderung, Pflege als kommunale Pflichtaufgabe zu etablieren?

Beispiele kommunaler Sozialplanung:

https://www.darmstadt.de/leben/soziales/seniorinnen-und-senioren/sozialplanung-fuer-die-bedarfe-aelterer

https://www.ladadi.de/leben-arbeiten/gesundheit/senioren/alters-und-pflegeplanung/

Infrastruktur

1. Wie sieht das aktuelle Angebot beratender und präventiver Hilfen aus? Hierzu gehören z.B. Pflegestützpunkte, Gemeindepfleger*innen, Begegnungsstätten, Bewegungsangebote für Senior*innen, weitere Beratungsstellen z.B. zur Wohnraumanpassung, Gesprächskreise, kommunale Angebote, Demenzberatung? Verortung in den Sozialräumen?
2. Welche niedrigschwelligen Hilfsangebote gibt es, z.B. Haushaltshilfen, Mahlzeitendienste, Betreuungsvereine, Verortung?
3. Welche besonderen, auf die Bedürfnisse von Senior*innen abgestimmte Wohnformen gibt es in der kreisfreien Stadt / dem Landkreis? Hierzu gehören z.B. „betreutes“ Wohnen, gemeinschaftliches Wohnen, Senior*innen WGs. Inwieweit unterstützt die kreisfreie Stadt / der Landkreis nachbarschaftliche Initiativen?
4. Welche ambulanten, teilstationären (Tagespflege), vollstationären Angebote gibt es? Verortung, Platzzahl bzw. Kundenzahl, Auslastung? Besondere Angebote wie Kurzzeitpflege, Demenz WGs, Wohngruppen für Demenz, Intensivpflegeangebote, Nachtpflege, Palliativversorgung?
5. Welche Angebote gibt es zur gezielten Entlastung pflegender Angehöriger?
6. Inwieweit wird ehrenamtliche Unterstützung gefördert, z.B. Ehrenamtsvermittlung, Wertschätzungskultur?
7. Wie beurteilt die kreisfreie Stadt / der Landkreis das Angebotsportfolio, wo gibt es Angebotslücken, Engpässe, die Zukunftsperspektive?

Der Hessische Pflegebericht, https://familie.hessen.de/gesundheit/pflege/hessischer-pflegebericht, ermittelt im Anhang jeweils für alle kreisfreien Städte und Landkreise Strukturindikatoren u.a. zur Angebotsstruktur und gibt Handlungsempfehlungen. Diese müssen allerdings auf lokaler Ebene verfeinert werden.

Pflegepersonal, -notstand

Laut dem laufend aktualisierten Hessischen Pflegemonitor gibt es mit unterschiedlichen regionalen Ausprägungen, siehe https://hessischer-pflegemonitor.de/ergebnisse/regionaldossiers/ einen teilweisen massiven Pflegekräftemangel, der sich in der Zukunft noch weiter verschärfen wird?

1. Sind der kreisfreien Stadt / dem Landkreis diese Entwicklungen bekannt und welche Auswirkungen erwarten Sie? Welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen, was ist geplant (z.B. Einbeziehung der Jobcenter, gezielte Arbeitsmarktförderung, Kampagne zur Wertschätzung des Berufes)?
2. Wie viele Ausbildungsplätze in der Pflege stehen in der kreisfreien Stadt / im Landkreis zur Verfügung, Anzahl der jährlichen Absolvent*innen, wie viele gehen nach Abschluss in die Altenhilfe, Zahl der Abbrecher*innen? Erweiterung der Ausbildungskapazitäten? (insbesondere interessant bei kommunalen Trägern)